

IT-Finanzchefs im Dilemma:

Oracle verteuert Java-Software drastisch – Gibt es Auswege?

CFOs, IT-Einkaufschefs und andere Budget-Verantwortliche scheuen stets unangenehme Überraschungen wie etwa unerwartet hohe Nachforderungen, die niemand eingeplant hat: Spätestens beim nächsten Software-Lizenz-Audit großer Anbieter wie SAP und Oracle kann es unangenehm werden.

Nun sind die Finanzchefs zusätzlich gewarnt: Experten weisen seit Monaten auf eine Explosion von Lizenzkosten für Oracle-Java-Software hin, die für viele Unternehmen unentbehrlich ist. Denn Oracle hat einen neuen Hebel erfunden, um den Umsatz zu steigern. Zahlen Unternehmen jetzt zu viel? Was ist geschehen?

Im Januar 2023 hat Oracle eine groteske Preisregel in die Welt gesetzt: Wenn auch nur eine einzige Person in einem Unternehmen mit z.B. 10.000 Arbeitskräften Java-Software von Oracle benutzt, dann richtet sich der Preis nach dieser Gesamtzahl von 10.000. So, als ob diese alle Nutzer wären, obwohl es in Wirklichkeit nur einen einzigen Java-User gibt.

Die Lizenzgebühren berechnen sich nach der Anzahl von Arbeitskräften in jeglicher Beschäftigungsform, egal ob in Festanstellung, in Teilzeit und mit Befristung, also inklusive Aushilfen und Saisonkräfte. Dieser Personenkreis mag im Umfeld der eigenen Kernbelegschaft mit einigem administrativem Aufwand noch eingrenzbar und erfassbar sein.

Kontrollverlust durch ausufernde Preisbemessung?

Aber es wird noch komplizierter: Vollends ausufernd und undurchsichtig wird die Preisbemessung durch Einbeziehung eines zusätzlichen Personenkreises außerhalb des Anwenderunternehmens. Denn auch bei dessen Geschäftspartnern wie Vertreter, Auftragnehmer, Outsourcer und Berater werden die entsprechenden Arbeitskräfte mitgezählt. So sagt es die weitgreifende Definition der neuen Mitarbeiter-Metrik in der Oracle Global Price List, auch genannt "Oracle Java SE Universal Subscription".

Auf den Punkt gebracht heißt das für IT-Finanzmanager: Die Lizenzkosten richten sich auch nach der Mitarbeiteranzahl ganz anderer Akteure, nämlich nach fast der Gesamtheit der Geschäftspartner, wenn sie in irgendeiner Weise die internen Geschäftsabläufe unterstützen. Wohlgermerkt, das ist alles unabhängig davon, ob die extrem weitgezogenen Personenkreise die Java-Software überhaupt nutzen.

Eine Menge ungeklärter praktischer Probleme bei Definition, Eingrenzung und Abgrenzung liegt auf der Hand. Das Ergebnis ist eine bemerkenswerte Unschärfe und Intransparenz der Preisbemessung, was die Position des Anwenders verwässert. So sind Räume für Willkür und letztlich Verhandlungsmacht eröffnet, die Oracle gegenüber dem Anwender ausspielen kann.

Explodieren die Lizenzkosten?

Veröffentlichte Kalkulationsbeispiele von Beratern zeigen eine explosionsartige Vervielfachung der künftigen Lizenzkosten im Vergleich zum bisherigen Preissystem. Dieses richtete sich nach der Anzahl von Clients und Servern beim Anwender. Auf Basis der neuen Preispolitik nach Personenanzahlen wird jetzt teils eine Vervierfachung der Java-Lizenzgebühren errechnet, und je nach Konstellation sogar eine Verdreißigfachung!

Geraten strategische Planungen von Budgets und Software-Landschaften ins Wanken? Viele IT-Finanzmanager fühlen sich jedenfalls mit einer fragwürdigen und bedrohlichen Preisbemessung konfrontiert.

Ständiger Entscheidungszwang

Das Problem stellt sich für den CFO nicht einmalig punktuell, sondern immer wiederkehrend, falls der Weiterbetrieb von Java gewollt ist: Mit Ablauf der jeweiligen Mietzeit („Subscription“) entfällt das Nutzungsrecht des Anwenders automatisch. Zudem lässt Oracle für jedes Java-Release von Zeit zu Zeit die in der Subscription enthaltenen Support-Leistungen auslaufen. Damit endet die betriebsnotwendige Versorgung mit Sicherheits-, Performance- und Bugfix-Updates. Nur gegen Zusatzkosten – und auch dies nur zeitlich limitiert - erhält der Anwender weiteren Support.

Zwar stellt Oracle auch kostenfreie Java-Releases zur Verfügung. Aber das ist oft nicht der praktikable Ausweg für die Unternehmen. Denn auch das Ausweichen auf ein aktuelleres kostenfreies Release ist intern mit Zeitaufwand, Kosten und Risiken aufgrund der Migration verbunden, einschließlich möglicher Umstellungen in Technik und Abläufen.

Das Dilemma: Diese Wahl zwischen erdrückenden Lizenzpreisen und belastenden Migrationsfolgen müssen Budgetverantwortliche für jeden neuen Mietzeitraum und bei jedem Nachfolge-Release erneut treffen.

Sind IT-Finanzchefs voll informiert?

Das Problem verschärft sich dadurch, dass den Verantwortlichen oft gar nicht bekannt ist, ob eine Java-Nutzung im Unternehmen stattfindet, geschweige denn deren Art, Umfang und Umstände. Welche Verträge mit ggf. unterschiedlichen Regelungen und Laufzeiten wurden in der Vergangenheit abgeschlossen? Ist eine vielleicht vorhandene Lizenz zu verlängern oder ist sie überflüssig?

Fortführung nach alter Metrik oder Zwang zu neuem Preismodell? Gibt es Unternehmensbereiche, wo die Software durch einzelne Personen unautorisiert zum Download und so „inoffiziell“ in Nutzung kam?

Das alles können IT-Finanzchefs zeitlich weit vor den nächsten Software-Lizenz-Audits abklären lassen. Diese werden generell von großen Software-Anbietern wie Oracle und SAP regelmäßig bei ihren Kunden durchgeführt. Spätestens beim Audit kann es zu Nachforderungen kommen, deren Höhe niemand erwartet und eingeplant hat.

Neue Preispolitik: Ein systemwidriger Fremdkörper?

Wer mit Software-Budgets zu tun hat, weiß: Lizenz-Metriken reflektieren regelmäßig das wirtschaftliche Partizipationsinteresse der Lizenzgeber/Vendoren. Maßstab dafür ist die Nutzungsintensität beim Anwender. Je höher der wirtschaftliche Nutzen für das Unternehmen - ausgedrückt etwa durch die Anzahl der User, Server oder Clients -, desto mehr soll der Vendor durch die Höhe der Vergütung partizipieren. Bei Software-Miete ist die Vergütung verbrauchsabhängig gestaltbar, etwa mittels der Anzahl oder der zeitlichen Dauer von Nutzungsvorgängen / Zugriffen.

Anders jedoch die neue Oracle-Preispolitik:

Die Mitarbeiter-Metrik stellt gar keinen Anknüpfungspunkt zur tatsächlichen Nutzungsintensität von Java mehr her. Denn der Preis ist ja gerade nicht nutzungs- bzw. verbrauchsabhängig, sondern er richtet sich nach einer ganz anderen, sachfremden Kategorie: Nämlich nach der Mitarbeiteranzahl unterschiedlicher Marktakteure, die niemals User waren und auch künftig niemals Zugriffe tätigen werden. Das stellt alles auf den Kopf, das ist ein Systembruch. Entsprechend finden etliche Oracle-Kunden die neue Preispolitik unfair und wandern ab.

Darf Oracle das denn überhaupt?

Das fragen sich alle Beteiligten zu Recht. Darf man denn jahrelang das Vertrauen von treuen Kunden in die fortlaufende Java-Lizenzierung auf Mietbasis in Anspruch nehmen und dann plötzlich die Preisgrundlage kippen, auf die sich alle in ihren Dispositionen verlassen haben?

Haben Vendoren denn ein willkürliches „Metrik-Erfindungsrecht“, wie hier die weite Einbeziehung von Personenkreisen auch ganz anderer Marktakteure? So wie der Staat ein Steuererfindungsrecht nach Beliebigkeit hat, etwa für Hundehaltung, Vergnügung, Kaffee, Zweitwohnsitz, und zwar ohne seine Leistungen speziell dafür zu erbringen?

Und wenn man mehr Geld möchte, generiert man einfach willkürlich eine neue Quelle, z.B. eine Bettensteuer für Reisende im Hotel. Wohlgermerkt, ohne dass eine direkt darauf gerichtete Gegenleistung zugunsten des Geldgebers zu erbringen wäre. So erhält auch Oracle mit der neuen Quelle mehr Geld, ohne mehr zu leisten, und bei gleichbleibendem Nutzungsverhalten des Kunden.

Der kommerziell-juristische Blick

Etliche Unternehmen setzen auf die Unterstützung externer Fachleute. Aber bieten Tool-Anbieter und sonstige Migrationsberater wirklich die komplette Erlösung vom Audit-Druck? Die erste Überlegung ist: Stehen wirklich alle, die jetzt ihre Dienste zur Java-Situation anbieten, ausschließlich und unabhängig an der Seite des Anwenders? Teils stehen sie mit einem Bein im Oracle-Lager, sie sind als Partner von Oracle „verified“ oder zertifiziert, bzw. ihre Vermessungstools, und manche machen Business mit Oracle-Produkten. Würden sich da nicht Fragen nach Interessenskonflikten stellen?

Finanzchefs können sofort das Größere mitdenken: Denn etliche Berater greifen mit ihrer Java-Bestandserfassung zu kurz und decken die juristische Dimension nicht ab, da sie nicht über die nötige Software-rechtliche Expertise verfügen.

Natürlich müssen Anwender ihre Java-Nutzung kennen. Bestandsermittlung und Zähl-Mathematik ist gut, aber längst nicht alles. Die meisten Beratungen hören mit ihren SAM-Vermessungstools und Migrationsempfehlungen da auf, wo die Verteidigung des Anwenderunternehmens eigentlich anfängt, insbesondere im Lizenz-Audit. Nämlich bei dieser Frage:

Sind die Lizenzregelungen juristisch haltbar?

Allgemein bekannt ist dies: Nicht alle Vertragsinhalte von allen Vendors sind rechtswirksam, der Anwender muss sich nicht bedingungslos an alles halten, was vorgefertigte Texte vorgeben.

Denn Vertragsstandards – auch die darin enthaltenen Audit-Klauseln selbst - sind von der Rechtsnatur her AGB und unterliegen der gesetzlichen Kontrolle. Das BGB nennt diese Unwirksamkeitsgründe: Unzulässige überraschende Klausel, unangemessene Benachteiligung, Verstoß gegen das Transparenzgebot. Es geht auch um Vertrauenstatbestände, interessensgerechte Vertragsauslegung und übergeordnet um Marktmacht.

Wie reagieren die Kunden?

Bevor man sich zur Kasse bitten lässt, verlangen IT-Chefs üblicherweise eine solide Informationsbasis. Für die Durchleuchtung des Java-Bestands, der Lizenzmodelle und der rechtlichen Implikationen stehen unabhängige externe Experten zur Verfügung. Die langjährig im Audit-Markt erfolgreiche Spezialberatung [auditprotect](#) bietet sogar aus einer Hand Java-Bestandserfassung, Lizenzberatung und softwarerechtliche Expertise. Software-Kosten, auch für Oracle-Java, können so transparent und beherrschbar werden. Letztlich werden Unternehmen mit Blick auf ihre IT-Budgets entscheiden müssen, ob sie ihre Wege künftig mit oder ohne Oracle gehen möchten.